

D2-053 Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Antragsteller*in: Axel Lüssow (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:

Seit 2004 ist das Recht auf Nahrung als Menschenrecht verankert, die damit verbundene Ernährungssouveränität von Staaten ist jedoch noch längst nicht umgesetzt. Stattdessen sind viele Staaten, vor allem in Nordafrika, dem nahen Osten und Südostasien auf Nahrungsmittelimporte angewiesen.

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland ein klares Zeichen globaler Solidarität setzen.

Neben der kurzfristigen Hilfe müssen wir aber auch die aktuelle Agrar- und Ernährungspolitik überprüfen, denn die Bedeutung von Ernährungssouveränität und nachhaltiger Ernährungssysteme tritt jetzt besonders deutlich zu Tage. Rund zwei Drittel der EU-Getreideproduktion ist für Tierfutter bestimmt und allein in Deutschland werden auf etwa 500.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche Agrar-Treibstoffe angebaut. Die Landwirtschaft in Deutschland und der EU muss unabhängiger von energieintensiven Produktionsmitteln wie etwa Pestiziden und Düngemitteln werden. Die Nutzung der vorhandenen Flächen muss effizienter auf die Ziele der menschlichen Ernährung, aber auch den Klima-, Arten- und Tierschutz bei gleichzeitiger langfristiger Perspektive für Bäuer*innen ausgerichtet sein. Die angedachten Schritte im europäischen „Green Deal“ und der „Farm to Fork“-Strategie sind dringlicher denn je, da ein nachhaltiges und gegenüber Krisen robusteres Ernährungssystem notwendig ist. Eine wichtige Konsequenz der angespannten Lage auf den Agrarmärkten und die befürchteten Hungerkrisen muss die deutliche Reduktion der Tierbestände, verbunden mit einer Ernährungsstrategie und der Stärkung pflanzlich betonter Ernährung sein: Getreide für Brot, statt Getreide in den Trog.

Begründung

Die Agrarindustrie fordert angesichts der Auswirkungen des Krieges in der Ukraine mehr vom Alten: Mehr energieintensive Pestizide und Düngemittel, das Aussetzen von Klimaschutzmaßnahmen sind die angedachten und die Ausweitung der konventionellen Landwirtschaft selbst auf ökologische Vorrangflächen. Der Versuch, ein nicht nachhaltiges Geschäftsmodell zu verteidigen lenkt gezielt vom eigentlichen Problem ab. Weltweit wird fast die Hälfte der Getreideerzeugung an Tiere verfüttert, während gleichzeitig Millionen Menschen hungern. Neben der Ernährungswende in Berlin sollten wir Bündnisgrünen unsere Politiker*innen auch im Bundestag, dem EU-Parlament sowie dem BMEL unterstützen, die sich für eine bessere Agrarpolitik engagieren. Unser Landwirtschaftsminister Cem Özdemir sagt: „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“ und „Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik ist Sicherheitspolitik“.

Unterstützer*innen

Katrin Michalzik (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Aleksandra Kwasnik (KV Berlin-Pankow); Delia Baum (KV Berlin-Pankow); Christiane Hohensee (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Philipp Ahrens (KV Berlin-

Lichtenberg); Dorothea Wagner (KV Berlin-Mitte); Kilian Dreißig (KV Berlin-Pankow); Diana von Webel (KV Berlin-Pankow); Tim Ullrich (KV Berlin-Neukölln); Julius Johannes Taraz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Helene Bond (KV Berlin-Pankow); Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Susanne Haak (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Femke Hustert (KV Berlin-Neukölln); Anja Hable (KV Berlin-Neukölln); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg); Jakob Döring (KV Berlin-Pankow); Stefanie Aehnelt (KV Berlin-Neukölln); Judith Voß-Stemping (KV Berlin-Pankow); Christa Fischer (KV Berlin-Kreisfrei); Nadine Ronco Alarcón (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Philipp von Gall (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Janis Prinz (KV Berlin-Pankow); Holger Thurm (KV Berlin-Pankow); Cornelia Apel (KV Berlin-Pankow); Dagmar Gerber (KV Berlin-Neukölln); Kathleen Rabe (KV Berlin-Pankow); Matthias Schlosser (KV Berlin-Pankow)